

SPD-Haushaltsrede 2006

Herrn Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir zu Beginn einen kurzen Rückblick auf die Diskussionen der vergangenen Wochen, die ziemlich viel Konfliktstoff geboten haben und sicherlich nicht den besten Eindruck bei großen Teilen der Lüdenscheider Bevölkerung hinterlassen haben.

Sicherlich war der Einstieg in die Haushaltsplanberatung nicht optimal, angesichts des zweistelligen Millionendefizits hätte man bereits im Herbst 2005 mit der Diskussion von Einsparmöglichkeiten beginnen sollen, leider wurde diese Diskussion nicht im BOFI geführt. Aber die im November vorgeschlagene gemeinsame Arbeitsgruppe wurde sofort pauschal von CDU/FDP abgelehnt und danach begann ein seltsames Spiel zwischen Teilen der Politik und der Verwaltung.

Insgesamt gelang es dem BOFI nicht, sowohl die vorbereitende Informationsaufarbeitung als auch die Strukturierung des Gesamtprozesses zu steuern, manche Beschlüsse hatten Halbwertszeiten von zwei Wochen und nach den Osterferien kamen CDU/FDP mit immer neuen Anträgen in die verschiedenen Ausschüsse.

Daneben hat der neue Umgang mit dem § 81 GO NRW für viel Unsicherheit geführt, gerade die Fraktionen des Rates mussten sich die Rahmenbedingungen erst erarbeiten. Während dies bei der Verabschiedung des Investitionshaushaltes relativ schnell im Konsens ging, gab es bei der Diskussion des Verwaltungshaushaltes in den Ausschüssen viel Verwirrung und viel Ärger.....

Die finanzielle Lage der Stadt Lüdenscheid wird sich in den nächsten beiden Jahren 2007 und 2008 nicht grundlegend verbessern, auch wenn die Steuerschätzungen bei der Gewerbesteuer ein leicht Plus ergeben.

Trotz HSK-Konzept haben wir in 2006 im Verwaltungshaushalt von rd. 12,2 Mio. € und für 2007 und 2008 stehen jeweils ein Minus von 11,8 Mio. € und 10,5 Mio. € in den Finanzplanungen.

Die Verteilungskämpfe der staatlichen Ebenen werden zunehmen, die Städte müssen aufpassen, das sie bei der Reform der Unternehmensbesteuerung nicht unter die Räder kommen

Das Land NRW hat einen hohen Schuldenberg und keinen verfassungsmäßigen Haushalt,

auf Bundesebene ist die Lage nicht besser, mit einer 3%-Mehrwertsteuererhöhung wird versucht, die durch den Stabilitätspakt vorgeschriebenen Grenzen der Neuverschuldung wieder zu erreichen...

Wenn wir einen handlungsfähigen Staat auf allen Ebenen wollen,

brauchen wir auch eine vernünftige Finanzausstattung - natürlich bei einem effizienten Staat. Deswegen hilft keine ideologiebefrachtete Diskussion um Staatsquoten und Privatisierung, sondern wir brauchen Bürgernähe, Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Staatliche Leistungen können in den meisten Fällen nicht den Mechanismen des freien Wettbewerbs unterworfen werden.

Es gibt genügend Probleme auch auf kommunaler Ebene, wo Investitionen und politisches

Engagement dringend notwendig wären, von der Erhaltung unserer Infrastruktur (siehe Zustand der Straßen) bis hin zu einem nachhaltigen Integrationskonzept.

Wenn man die beiden bisherigen Konsenspunkte - keine betriebsbedingten Kündigungen und Bestandsicherung der Einrichtungen in ihrem Kernbestand - nicht infrage stellen will, kann nach Meinung der SPD-Fraktion nur eine mittelfristige Sanierungsstrategie auf der Ausgaben - und der Einnahmeseite erfolgreich sein kann.

Dieser gemeinsame Grundkonsens zwischen den Fraktionen ist zur Zeit leider nicht vorhanden.

Kurzfristige Schnellschüsse und pauschale Beschimpfungen der Verwaltung helfen hier nicht weiter, sondern nur eine kontinuierliche und rationale Vorgehensweise auch unter Berücksichtigung der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen von kommunaler Politik.

Leider ist bis heute auf der konservativen Seite keine Bereitschaft für moderate Anpassungen auf der Einnahmeseite bei der Grund- und Gewerbesteuer erkennbar - trotz Briefs des AGV von Anfang des Jahres.

Und wenn es heute bei dieser Haltung bleibt, werden wir als SPD-Fraktion den diesjährigen Haushaltsplan ablehnen.

Wir wissen auch, das natürlich die Anpassung bei der Grundsteuer auf die Mieten durchschlägt - deren Anteil angesichts der drastisch gestiegenen Nebenkosten durch die Preisentwicklung bei Gas und Strom sich allerdings relativiert

Wir stellen heute nochmals den Antrag, sowohl eine moderate Anpassung bei der Gewerbesteuer auf 440 Pkte zu beschließen als auch bei der Grundsteuer B auf den Landesdurchschnitt von 413 Pkt zu gehen, wie es die Kämmerei vorschlägt. Dies würde eine Mehreinnahme von rd. 380 000 € bei der Grundsteuer und rd. 560 000 € bei der Gewerbesteuer erbringen, die wir dringend benötigen.

Wir sind als Kommune aber auch nicht in der Lage, ständige Erhöhungen der Kreisumlage aus der Substanz aufzufangen. Allein diese rd. 1,5 Mio. €. Erhöhung können nicht aus der Reserve aufgefangen werden.... Wo bleibt hier da der Protest von Frau Gabler und Frau Meyer?

Ähnliches gilt auch für den Ausfall im Kindergartenbereich durch Kürzungen der CDU/FDP-Landesregierung in diesem Jahr. Diese 327 000 € müssen zusätzlich finanziert werden, was aus familienpolitischen Gründen auch zu einem gemeinsamen Beschluss geführt hat, der heute auch zur Abstimmung steht..

Die jetzige Struktur und Höhe der Kindergartenbeiträge wird für ein Jahr weiter festgeschrieben.

Deshalb brauchen wir auch eine nachhaltige und ausreichende kommunale Finanzausstattung in der Zukunft, wir sollten im Interesse der Städte und Gemeinden dies auch deutlich machen gegenüber Berlin und Düsseldorf.

Aus diesem Grund darf es nach Auffassung der SPD auch keine Abschaffung der Gewerbesteuer geben, sondern sie muss weiterentwickelt werden zu einer vernünftigen kommunalen Wirtschaftssteuer.

Leider hört man von Teilen der CDU das Gegenteil, auch unsere Lüdenscheider CDU schweigt kontinuierlich.

SPD-Haushaltsrede 2006

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen

Lassen sie mich zurückkommen zu den Diskussionen in Lüdenscheid:

anstelle von strukturellen Sanierungsvorschlägen kamen immer wieder bürokratische Anträge bis zur nächsten Beratung, pauschale aggressive Vorwürfe gegenüber der Verwaltung, immer neue Forderungen nach Listen, die dann meistens nicht gelesen wurden....

Der übrig gebliebene Antrag von CDU/FPD und LÜLI führte letztendlich zu einer möglichen Einsparpotential von rd. 130 000 €, die jetzt der Kämmerer unbürokratisch umsetzen soll.

Die ist bei einem Verwaltungshaushalt von rd. 152 Mio. € Mio. € auf der Ausgabenseite geht es hier in den Promillebereich.

Bei der Diskussion über strukturelle Veränderungen gab es verschiedene strittige Punkte:

Einmal die Verlagerung unseres eigenständigen RPA zum Märkischen Kreis. Dieser Antrag

zeigt unserer Auffassung eine total unkritische Verhalten gegenüber MK: Mit der Verlagerung RPA wollte die CDU eine Kernkompetenz des Rates der Stadt Lüdenscheid an eine übergeordnete Verwaltungsinstanz freiwillig abgeben. Wenn man die starken Worte letzte Woche im Planungsausschuss gegenüber dem Märkischen Kreis und seiner Verwaltung sich anhörte, kommt man zu der Auffassung: Totale Verworrenheit bei der CDU!

Die CDU-Fraktion sollte sich zukünftig besser intensiver mit den Erhöhungen der Kreisumlage beschäftigen,

die Erfahrung mit der von CDU/FDP beschlossenen Verlagerung der Ausländerbehörde hat deutlich gezeigt, das diese Art von Verlagerung der Stadt Lüdenscheid eine sechsstellige Summe im Jahr kostet.

Der zweite inhaltliche Vorschlag, der in regelmäßigen Abständen immer wieder diskutiert wird, ist die Frage der organisatorischen Weiterentwicklung unserer Lüdenscheider Kultureinrichtungen. Sie sind sicherlich ein wichtiger Standortfaktor und für die städtische Infrastruktur in ihren Kernaufgaben unverzichtbar – auch wenn die Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlich ist. Aber vor dem Hintergrund der Haushaltssituation müssen auch sie einen nachhaltigen Konsolidierungsbeitrag leisten – im BOFI haben wir uns für eine Senkung des Zuschussbedarfs von 3 % jährlich für die Jahre 2006 bis 2010 zwischen den Fraktionen einvernehmlich geeinigt.

Ob dazu eine neue Organisationsform sinnvoll ist, muss die Verwaltung bis zum Herbst diesen Jahres in einem ausführlichen Bericht darstellen..

Drittens: Personalkosten...

Angesichts der Haushaltsperspektiven erfordern die Personalkosten ein besonderes Augenmerk. Durch Aufgaben – und Stellenkritik muss in den nächsten Jahren eine restriktivere Personalpolitik als in der letzten

Legislaturperiode angestrebt werden. Die Personalkosten sind in den letzten drei Jahren kontinuierlich gestiegen, von 35,5 im Jahr 2003 über 36 in 2004 auf 36,79 Mio. € im Jahr 2005.

Allerdings kommen wir mit KW-Lyrik hier nicht weiter, sondern wir brauchen ein mittelfristiges Personalentwicklungskonzept, wir es im BOFI aufgrund eines SPD-Antrages beschlossen haben:

Hauptbestandteile sind davon:

- Rechtzeitige Überprüfung bei frei werden Stellen mit Aufgabenkritik
- Externe Besetzung nur in Ausnahmefällen
- Kostenreduzierung durch IUK-Techniken und Optimierung der Prozessabläufe
- Fort- und Weiterbildungskonzept für den eigenen Nachwuchs..
- Einrichtung eines Personalpools

Bei dem Punkt begrenzter Korridor bei der Übernahme von hervorragenden Auszubildenden zeigten sich allerdings auf einer weiteren Sitzung extrem unterschiedliche Auffassungen. Während wir als SPD im Sinne der Verantwortung für die ausgebildeten jungen Menschen bei sehr guten Leistungen eine Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis befürworteten, wie es die Verwaltung in der Vorlage 62/2006 ausführlich und gut begründete, blockierte die konservative Mehrheit hier jegliches differenziertes Vorgehen. Aus diesem Grund werden wir heute unter dem Tagesordnungspunkt Stellenplan nochmals einen Antrag zur Abstimmung stellen, auch in Verantwortung für diejenigen jungen Menschen, die in den letzten Jahren bei der Stadt Lüdenscheid ausgebildet wurden:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid unterstützt die von der Verwaltung am 18.5.2006 vorgelegten

Grundsätze:

- Auszubildende Beschäftigte werden unter Beachtung der Tarifgarantie in jedem Fall für ein Jahr im Zeitvertrag übernommen
- Anwärter/-innen : Absolventen des Jahrgangs 2006 werden in ein Beamtenverhältnis auf Probe übernommen (mindestens acht Punkte bei Prüfung), ansonsten ein Zeitarbeitsverhältnis von 2 Jahren
- Absolventen/-innen der Jahre 2007,2008 und 2009 werden in ein Beamtenverhältnis auf Probe übernommen, wenn sie die Laufbahnprüfung mit mindestens 11 Punkte (gut) bestehen, bei befriedigenden Leistungen in ein Zeitarbeitsverhältnis von eineinhalb Jahren.

Der vierte Punkt in den Diskussionen der letzten Woche war die Frage der Budgetierung und die Rolle der Verwaltung.

Hier herrschte auf der konservativen Seite öfters eine Art Sprachverwirrung: einmal war von Ausgabenbudget die Rede,

im nächsten Antrag dann von Zuschussbudget, das nächste Mal wurde von Kürzung und pauschaler Haushaltssperre gesprochen...

Diese dreifachen Rittberger waren ein Beschäftigungsprogramm für Dezernten und Amtsleiter.

So wollte die CDU im Jugendbereich plötzlich rd. 2,4 Mio. € streichen, was völlig unrealistisch und ohne jegliche Sachkompetenz ist. Das Misstrauen gegenüber der Verwaltung wechselte sich ab mit plötzlicher Übergabe aller Verantwortung an die Verwaltung.

Sicherlich kann man über eine sinnvolle Budgetierung mit inhaltlichen Zielvorgaben für die einzelnen Ämter

SPD-Haushaltsrede 2006

als gemeinsame Vereinbarung zwischen Politik und Verwaltung nachdenken, auch im Hinblick auf den Doppelhaushalt 2007 /2008 , doch dazu bedarf es vernünftiger Eckwerte zwischen Politik und Verwaltung vor Beginn der konkreten Haushaltsaufstellung innerhalb der Verwaltung
Über das heute zur Abstimmung stehende HSK-Konzept gab es leider keine inhaltliche Diskussion in den Ausschüssen - mit Ausnahme des JHA´s - bei den Vereinszuschüssen zeigte sich CDU/FDP total unbeweglich .Wenn man die ehrenamtliche Arbeit in der Stadt Lüdenscheid unterstützen will, muss es nach Auffassung der SPD hier einen dauerhaften Konsens zwischen Politik und Verwaltung geben, der den Vereinen und Verbänden eine gewisse Planungssicherheit geben kann.

Eine totale Ausschaltung der einzelnen Fachausschüssen widerspricht unserem kommunalpolitischen Selbstverständnis.

Herr Bürgermeister,

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich möchte zum Schluss noch vier Punkte ansprechen, die nach unserer Auffassung hervorgehoben werden sollten.

1) Arbeitsplätze und Stadtentwicklung:

Wir haben Industrie- und Gewerbegebiete zur Zeit ausreichend ausgewiesen, dies gilt sowohl für das größere interkommunale Gebiet in Rosmart, unsere gemeinsame Erschließung im Bereich Heedfeld mit der Gemeinde Schalksmühle als auch unsere zur Verfügung stehenden Flächen am Timberg und Wibscha

Aber auch für die Innenstadtentwicklung zeigt sich erfreuliches : nach der Horrormeldung über die Schließung der Kaufhoffiliale in Lüdenscheid kommt die Erweiterung und Veränderung des Sterncenters jetzt in Gang, auch zur Stärkung der überörtlichen Einkaufsfunktion von Lüdenscheid. An dieser Stelle gilt der Dank Herrn Bürgermeister Dzewas, der die unterschiedlichen Partner monatelang zu einem gemeinsamen Vorgehen ermutigt hat.

Deshalb tragen wir als SPD-Fraktion auch mit, dass der Sternplatz möglichst nächsten Jahrs auch saniert werden sollte, um die Gesamtfinanzierung müssen wir noch ringen.... Dies gilt sowohl für die inhaltliche Planung als auch die noch zu beschließende Form der Bürgerbeteiligung

Gleiches trifft übrigens für das Jahr 2008 für den Bahnhofsbereich Lüdenscheid zu . Wir als SPD-Fraktion halten die bisherige Rahmenplanung immer noch überzeugend – die unterschiedliche Projekte wie z.B. das Lichtinstitut oder die Erweiterung der Phänomenta könnten einen zusätzlichen Schub geben.

Vorraussetzung ist natürlich, dass es gelingt, den Bahnanschluss für Lüdenscheid zu erhalten, der aufgrund von Einspardiskussionen auf Bundesebene eventuell in Frage gestellt werden kann .Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat am 8.Mai eine gemeinsame Resolution beschlossen mit dem Ziel, die Regionalbahn RB 52 Volmetal mit der Anbindung nach Hagen und Dortmund zu erhalten. Wir hoffen, dass alle politischen Kräfte auf allen Ebenen sich gemeinsam für dieses Ziel einsetzen werden.

Zweiter Punkt ist das letzte Woche offiziell gegründete „Bündnis für Familie Lüdenscheid“

Hier gilt es die Zukunft für Kinder und Familien in unserer Stadt weiter zu verbessern. Diese gemeinsame Aufgabe von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft erfordert eine moderne Politik, die zusätzliche Anstrengungen notwendig macht.

Nach der offiziellen Gründung müssen wir uns mit den zahlreichen inhaltlichen Vorschlägen beschäftigen, die z.B. auf der Zukunftskonferenz am 13.März im Kulturhaus erarbeitet wurden.

Wir brauchen bessere Betreuungsangebote , für unter dreijährige Kinder. Wir brauchen auch die Fortführung des Ganztagsangebots an den Lüdenscheider Schulen. Wir lehnen allerdings populistische Vorschläge ab, die Betreuung in Kita- und Grundschulbereich auf Kosten der Kommunen völlig beitragsfrei zu gestalten – ohne gleichzeitig einen umsetzbaren Finanzierungsvorschlag zu machen.

Dritter Punkt ist der Bereich Bildung und Schule:

Durch die Schulpauschale von rd. 1,8 Mio. € stehen wieder finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung , die wir auch voll in die Schulen investieren. Aber manche Diskussionen über die Inhalte des neuen Schulgesetzes in Düsseldorf bereiten uns Sorgen, so die Aufhebung der Grundschulbezirke innerhalb der Stadt Lüdenscheid. Hier wird der Konkurrenzgedanke ideologisch überhöht, die soziale Selektion wird sich verschärfen und wir be

Gerade im Bereich der Schule müssen wir unsere Integrationsanstrengungen verbessern. Wir müssen endlich - auch die CDU - zur Kenntnis nehmen, dass wir seit 30 Jahren ein Einwanderungsland sind und größere Anstrengungen zur Integration unternehmen müssen.

Gute Schulausbildung mit Abschluss sind notwendig zu einem Einstieg in das Berufsleben und der persönlichen Lebensplanung auch für Kinder mit Migrationshintergrund. Viel zu lange haben wir das Versagen des deutschen Schulsystems an diesem Punkt übersehen.

Vierter Punkt sind die Fragen der demographischen Veränderungen und die Konsequenzen für städtische Politik

Wir begrüßen es , das die beiden städtischen Töchter Seniorenheim Weststraße und Wohnstätten-AG in den letzten Wochen zwei neue Projekte vorgestellt haben , die hoffentlich zeitnah umgesetzt werden und bei denen es zu einer gemeinsamen Betreuung kommen sollte. Hier zeigt sich , dass öffentliche Unternehmen in der Lage sind, zeitnah sich auf neue gesellschaftliche Entwicklungen einzustellen und dies auch wirtschaftlich umsetzen können

Zum Schluss noch eine abschließende Bemerkung:

Lassen Sie uns versuchen , bei den zukünftigen Haushaltsplanberatungen „ohne grobes Foulspiel“ – wie in einem Kommentar einer Lüdenscheider Zeitung geschrieben – vernünftig und mit inhaltlicher Kontinuität vorzugehen.

Wir haben gemeinsam beschlossen, den Haushaltsplan 2007 und 2008 in Form eines Doppelhaushaltes zu verabschieden, auch wenn dies zusätzliche Anstrengungen mit sich bringt.

SPD-Haushaltsrede 2006

Wenn wir eine echte Budgetierung umsetzen wollen, erfordert dies rechtzeitig inhaltliche Vorgaben in den einzelnen Ämter über die zu erreichenden Ziele . Diese Aufgabe müssen dann die Fachausschüsse parallel zum Aufstellungsverfahren innerhalb der Stadtverwaltung angehen. Die Einführung des sogenannten NKF mit einer total anderen Methodik im Haushaltsjahr 2009 wird nochmals größere Anstrengungen erfordern, es bringt aber auch mit seiner Produktorientierung eine höhere Klarheit über die Kostensituation einzelner Teilaufgaben innerhalb der Ämter. Wir sollten - auch angesichts der ersten Sitzung im neuen Ratssaal- uns auch dran erinnern, das gerade der Umbau des Rathausplatzes als auch die Modernisierung des Rathauses bei Teilen der Lüdenscheider Bevölkerung umstritten sind, von dem Brunnen auf dem Rathausplatz bis hin zu vielen organisatorischen Problemen bei der Umsetzung. Hier müssen wir noch viel Vertrauensarbeit leisten. Wir sind bereit, gemeinsam mit den anderen Fraktionen in Form der offenen Ratsarbeit die anstehenden Probleme gemeinsam aufzuarbeiten und finanzierbare Lösungen zu finden. Wer meint, mit knapper Stimmenmehrheit weiterhin Entscheidungen durchpauken zu können und mit überzogener Kritik an Bürgermeister und Kämmerer agieren zu können, läuft Gefahr, die Politikverdrossenheit weiter zu fördern. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den Beschäftigten der Kämmererei und den Amtsleitern , die trotz aller Probleme diese Haushaltsplanberatung voll unterstützt haben, auch wenn sie manchmal doch einen verzweifelten Gesichtsausdruck hatten. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für Ihre Geduld und hoffentlich noch schöne Fußballspiele...

Harald Metzger 12.6.2006